

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. Sicherheit geht vor!

Das Thema ist gesetzt – und die Begleitmusik gleich mit dazu: Deutschland debattiert über seine Sicherheit, und wehe dem, der da nicht den richtigen Ton trifft. Selbst die

Grünen gehen in Deckung: Sich bloß nicht in die Tabuzone eines Rechtsstaats vorwagen, in dem die Verhältnismäßigkeit der staatlichen Mittel immerhin Verfassungsrang hat. Wer in diesen Tagen Polizei-Einsätze kritisch hinterfragt, hat schon verloren. Wer „Racial profiling“ kritisiert, gilt als nationales Sicherheitsrisiko. Dagegen lassen sich die harten Hunde der Innenpolitik als verständige Besänftiger einer aufgebrauchten Volksseele feiern, die offenbar immer noch glaubt, mit elektronischen Fußfesseln lasse sich Terrorismus, mit Abschiebeknästen Gewalt bekämpfen. Die Rituale der Terrorismus-Angst-Verschärfung-Spirale scheinen immer noch zu greifen. Dabei geht es nicht um Lösungen, sondern um fixe Wahlerfolge. Die Hardliner der Sicherheitspolitik, in Wirklichkeit sind sie deren größte Weicheier; hilflos Getriebene eines auch medial aufgeheizten Vorwahlwinters, in dem die realen Ursachen von Terror und Gewalt schlicht ausgeblendet werden.

Dabei sind die klar zu benennen: Wer minderjährige Flüchtlinge plan- und betreuungslos vor sich hinvegetieren lässt, wer Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete für verantwortungsvolle Außenpolitik hält, und Handelsabkommen zulasten der ärmsten Staaten für zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik; der darf sich nicht wundern, wenn die Saat des Terrors auch bei uns aufgeht.

Wer also wirklich mehr Sicherheit will, hier und anderswo, der muss seine Politik ganz grundsätzlich ändern. Mit falsch formulierten Schnellschüssen ist niemandem geholfen. Und wer immer noch daran glaubt, mit einem im Inneren aufgerüsteten Staat lasse sich Terrorismus wirksam bekämpfen, sollte in diesen Tagen auf die Türkei schauen. Keine guten Aussichten!

Quelle: [Georg Restle via Facebook](#)**Anmerkung Albrecht Müller:** *Respekt für Georg Restle von Monitor.dazu: Sahra Wagenknecht über das Ablenkungsmanöver durch Maas und de Maizière*

Mit Politikern wie Innenminister Thomas de Maizière und Justizminister Heiko Maas wird Deutschland nicht sicherer. Im Gegenteil: Wer noch nicht einmal in der Lage ist, die bestehenden Gesetze und Verordnungen anzuwenden, sollte nicht lauthals mit immer neuen Vorschlägen für Gesetzesverschärfungen den „Law and order“-Mann mimen. Das ist ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver. Denn bereits auf Basis der bestehenden Gesetze hätte der Innenminister sich darum bemühen können, Amri noch vor seiner Tat bis zu sechs Monate in Sicherungshaft zu nehmen. Diese Möglichkeit bietet das bestehende Aufenthaltsgesetz, wenn eine „auf Tatsachen gestützten Prognose zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder einer terroristischen Gefahr“ vorliegt. Amri bekundete den Willen zu Anschlägen, hatte Kontakt zum IS und zur gewaltbereiten Islamistszene, warb „offensiv“ bei anderen für gemeinsame Terroranschläge, wollte sich Waffen besorgen und reiste mit gefälschten Papieren kreuz und quer durch Deutschland. All das war dem Innenminister vor dem Anschlag in Berlin bekannt. Seine Beamten nahmen beispielsweise an den Gesprächen im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum (GATZ) zu Amri teil. Trotzdem hat de Maizière wohl noch nicht einmal den Versuch unternommen, eine richterliche Genehmigung für eine Sicherungshaft zu bekommen. Ein Versäumnis, auf das auch der Deutsche Richterbund aufmerksam macht. De

Maizière ist also selbst Teil des Sicherheitsproblems, das im Ergebnis einen der schwersten Terroranschläge in Deutschland möglich gemacht hat. Vollkommen unklar ist auch, weshalb Amri nach seiner Festnahme Ende Juli 2016 in Friedrichshafen, für die ein richterlicher Haftbefehl vorlag, auf Anordnung seiner zuständigen Ausländerbehörde in Kleve/NRW umgehend wieder freigelassen wurde. Und warum hat diese Ausländerbehörde nach all seinen Straftaten und unerlaubter Reisetätigkeit noch nicht einmal Meldeauflagen für Amri erteilt? Auch dafür hätten die bestehenden Gesetzen ausgereicht. Diese Fragen sind nur die Spitze des Eisbergs und sie müssen alle geklärt werden. Das sind wir nicht zuletzt auch den Opfern des Anschlags schuldig. Und erst mit diesen Erkenntnissen sind zielgerichtete Maßnahmen möglich, um die öffentliche Sicherheit zu verbessern. Wir Linke fordern deshalb einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung. Es ist traurig, dass die Grünen sich unserer Forderung noch nicht angeschlossen haben. Opposition sieht anders aus.

Quelle: [Sahra Wagenknecht via Facebook](#) **dazu auch: Neues Gesetz gegen Gefährder: Vorwurf der „Gesinnungsjustiz“**

Von der Linken kommt harte Kritik. Der neue Haftgrund, den die Regierung für Gefährder schaffen will, sei aus rechtsstaatlicher Sicht problematisch, heißt es auch von anderer Seite

Residenzpflicht für Asylbewerber, deren Identität nicht verlässlich feststeht, ein neuer Haftgrund für Gefährder und ein verstärkter Einsatz von elektronischen Fußfesseln sind die auffälligsten Maßnahmen, die gestern von Innenminister de Maizière und Justizminister Maas vorgestellt wurden. Es sei kein Gesetzespaket, präzisierte de Maizière bei der Pressekonferenz, sondern es handle sich um Neuregelungen unterschiedlicher Gesetze. Die beiden Minister trugen die Gesetzesvorhaben selbstgewiss vor. Zweifel daran, dass sie mit rechtsstaatlichen Vorgaben in Einklang zu bringen sind, wurden gestern von den beiden Kabinettsmitgliedern nicht geäußert. Einen Tag später bieten Reaktionen das übliche Rollenspiel. Aus der CSU kommt die Forderung, dass „wir zweifellos noch mehr brauchen“ (Joachim Hermann), grüne Politiker gehen auf Abstand und betonen, dass bestehende Gesetze entschlossener umgesetzt werden sollten (Hofreiter). Der Linken-Parteichef Riexinger hält der SPD vor, dass sie auf den Hardliner-Kurs der Union eingeschwenkt sei.

Quelle: [Telepolis](#)

2. **Starker schwacher Staat**

Thomas de Maizière, lange angezählt, ja für politisch halbtot erklärt, ist wieder da. Seit dem Berliner Attentat sieht er sich bestätigt und gibt den besonnenen harten Mann. Jetzt schlägt er vor, in der Terrorismusbekämpfung den Länderpolizeien Kompetenzen zu entziehen und an den Bund zu übertragen. Ausdrücklich spricht er vom »Starken Staat«, der jetzt nötig sei. Den hat auch die Bundeskanzlerin in ihrer Neujahrsansprache ausgerufen, behauptete da aber, es gebe ihn schon. Trotz dieser kleinen Nuance darf de Maizière davon ausgehen, dass er – anders als zeitweilig in der Flüchtlingsfrage – mit ihr eines Sinnes ist. (...)

Nur scheinbar steht Merkels und de Maizières Parole im Gegensatz zu einem anderen Schlagwort: Schlanker Staat. Der war zunächst eine Lieblingsidee der FDP, aber die CDU hat sie der Sache nach gern übernommen. Auf ihrem Leipziger Parteitag 2003 wurde der Sozialstaatler Norbert Blüm abgemeiert und der weitgehende Abbau staatlicher Interventionen in die Wirtschaft verkündet. Damit hatte schon die Schröder-Regierung begonnen, aber Merkel war das noch nicht genug. Ergebnis ist seitdem ein immer weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft, vor allem eine zunehmende Spaltung von Oben und Unten. Das so proklamierte und praktizierte Recht der wirtschaftlich Stärkeren führt zu einer Verrohung, in der der Rechtspopulismus gedeiht.

Entstaatlichung findet nicht nur im Innern, sondern auch im außereuropäischen Süden statt: Deutsche Unternehmen, begünstigt durch Lohn-, Steuer- und Abgabendumping, konkurrieren dort Industrien nieder oder lassen sie gar nicht erst entstehen. Staaten brechen zusammen. In ihren Ruinen werden Bürgerkriege geführt, auch mit Hilfe deutscher Waffenexporte. Wenn die Opfer solcher Entstaatlichung nach Europa

fliehen, erhebt sich der Ruf nach dem starken Staat. Dieser kann weitgehend rechtlose Geflüchtete leichter unter Kontrolle halten als wahlberechtigte Einheimische, die gern nach unten treten. Er hat Schlagseite.

Quelle: [Neues Deutschland](#)